

Hier kann unsere Gegner in zwei Rubriken einteilen: die, welche uns aus Unwissenheit und die, welche uns aus bösem Wüten bekämpfen. An erstem richte ich die Mahnung: Lernet unsere Bewegung kennen I ihr werdet aufhören, sie zu fürchten, sobald ihr sie kennt. Die Furcht ist der schlechteste Ratgeber.

WILHELM LIEBKNECHT

(Aus einer an 32. Oktober 1371 zum Stiftungsfest des Crimmkisdauer Vottsvereins gehaltenen Festrede)

Die Bedeutung der Arbeiterbewegung

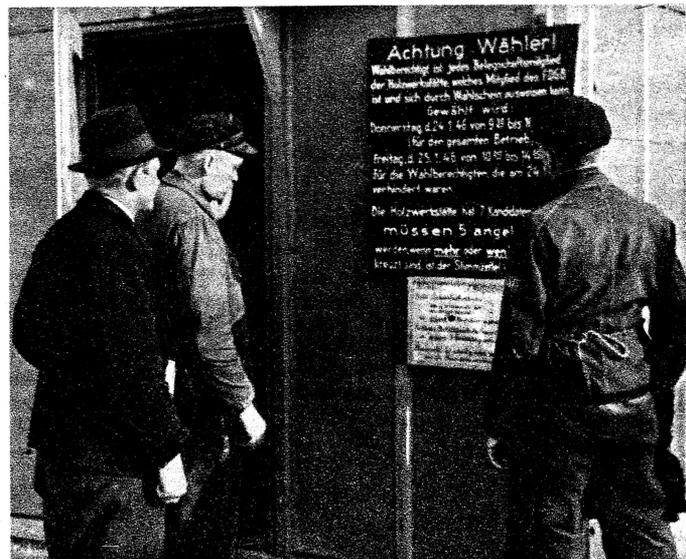
Die Mitglieder der Berliner Gewerkschaften treffen Vorbereitungen zur Wahl von 400 Delegierten zu einer Groß-Berliner Delegiertenkonferenz, die den Vorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes wählen sollen. Diese Gewerkschaftswahlen in der Hauptstadt unseres Landes haben eine große Bedeutung, denn 400 000 Mitglieder aus allen Schichten des werktätigen Volkes nehmen daran teil. Die Einflußnahme von Kräften außerhalb der Gewerkschaftsbewegung auf die Vorbereitung der Wahl läßt bereits erkennen, welche Bedeutung dieser Wahl in ganz Deutschland und darüber hinaus beigemessen wird.

Die vorjährige Delegiertenkonferenz von Groß-Berlin beschloß nach wochenlangen Diskussionen einstimmig Grundsätze und Forderungen, die den gewerkschaftspolitischen Kurs der Berliner Gewerkschaftsbewegung umrissen. Diese einstimmig angenommenen Grundsätze und Forderungen waren das Fortschrittlichste, was je auf einem deutschen Gewerkschaftskongreß beschlossen wurde. In diesem Sinne führte die Berliner Gewerkschaftsbewegung ihre Arbeit mit großem Erfolg durch. Tausende Funktionäre aller ehemaligen gewerkschaftlichen Richtungen waren in gemeinsamer Arbeit bestrebt, die materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen allmählich zu verbessern, wobei verständlich ist, daß das meiste auf diesem Gebiet noch zu tun bleibt. Aber die Gewerkschafter erkannten, daß sie an der Lösung größerer Fragen verantwortlich mitarbeiten müssen, um die Vorbedingungen zu schaffen, die erst eine erfolgreiche dauerhafte Vertretung der materiellen Lebensinteressen ermöglichen. Deshalb unterstützen die Berliner Gewerkschaften mit ihren Kräften die Bodenreform, führen sie einen beharrlichen Kampf um die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher zugunsten des Volkes mit dem Ergebnis, daß diese Frage jetzt in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung steht. Der beharrliche Kampf der Berliner Gewerkschaften um die Entnazifizierung der Wirtschaft, gegen die Herren Benkert, v. Witzleben und Pohlmann hatte das Ergebnis, daß diese Repräsentanten der Hitlerschen Kriegswirtschaft vorläufig entlassen wurden. In weit über tausend Betrieben wurde das Mitbestimmungsrecht durchgesetzt; in einigen Betrieben wurden die Betriebsvereinbarungen durch den Streik erzwungen, und die Gewerkschaften setzten sich für planwirtschaftliche Maßnahmen zur Lenkung der Produktion ein.

In dieser ganzen gewerkschaftspolitischen Grundlinie erblickt das internationale und das deutsche Kapital eine große Gefahr. Diese Kräfte wissen, wenn die einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung in diesem Sinne eine machtvolle Tätigkeit entfaltet, sind die Reste des deutschen Kapitalismus bedroht und sie fürchten Auswirkungen auch auf die übrigen europäischen Länder. Deshalb sind starke reaktionäre Kräfte am Werk, die Gewerkschaftsbewegung durch eine wütende Hetze zu schwächen, gegensätzliche Richtungen zu entwickeln und sie gegeneinander auszuspielen und durch eine solche Spaltung den sozialen Fortschritt in Deutschland aufzuhalten. Gegen die Berliner Gewerkschaftsbewegung steht eine einflußreiche Pressemacht, angefangen vom „Tagesspiegel“, „Kurier“ über den „Tele-

graf“, „Abend“ und einige andere Zeitungen. Sie alle verlangen in tausend Variationen eine Kursänderung des FDGB und sind im Grunde genommen doch auf den gemeinsamen Nenner zu bringen, wie dies in einem Artikel des „Tagesspiegel“ vom 21. 1. 1947 über die Wahlen der Berliner Gewerkschaften zum Ausdruck kam: Die Gewerkschaften sollen sich auf sozialpolitische Aufgaben beschränken, sie sollen nicht zentral, sondern föderativ aufgebaut sein; es müsse eine vollkommene Strukturwandlung eintreten, die Verbände sollen sich auf der Grundlage des Berufes aufbauen — dann wäre der FDGB „wie es vor 1933 in allen deutschen Gewerkschaftsrichtungen der Fall war, lediglich eine Dachorganisation mit geringen Befugnissen“. Diese Herrschaften wollen also schwache Gewerkschaften, die dem Kapitalismus nicht gefährlich und außerstande sind, große soziale Reformen durchzuführen.

Wenn kapitalistische Kreise solche Auffassungen vertreten, so ist das verständlich. Unverständlich ist aber, wenn sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre in derselben Richtung wirken. Als ein typisches Beispiel sei ein Artikel von Georg Müller im „Sozialdemokrat“ vom 4. 1. 1947 erwähnt, wo er darüber jammert, daß „der FDGB in endlosen großen und kleinen Sitzungen sich monatelang nur mit der Bodenreform oder mit der Zerschlagung der Konzerne beschäftigt“ hätte. Er meint, „die darauf verschwendete Zeit hätte für gewerkschaftliche Arbeit nutzbringender verwendet werden können“.



Ein Jahr ist seit den ersten Wahlen im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund verstrichen